

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns-Serviceblatt und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebslösung Streifen sofort ersichtlicher Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Pettseite oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameweite 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen sowie für richtige Bedienung und unbedingte geschilderter oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 56

Dienstag, den 12. Mai 1931

33. Jahrg

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Dienstag, den 12. Mai, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung.

Saushaltsplan 1. 4. 1931 — 31. 3. 1932.

Kemberg, den 8. Mai 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

45] H. Ludewy.

Preußens Riefendebüt.

150 Millionen Fehlbetrag. — 80 Millionen ungedeckte Anleihen.

Berlin, 9. Mai.

Im Preussischen Landtag leitete Finanzminister Dr. S p e r e r - A l f o r f die Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung mit einer finanzpolitischen Rede ein, in der er u. a. feststellte, daß das Rechnungsjahr 1930 mit einem erheblichen Fehlbetrag für den preussischen Staat abzuschließen werde. Der Steuer-Ausfall umfasse gegenüber den Einnahmen rund 100 Millionen. Er rühmt zum größten Teil daher, daß die Steuerüberweisung des Reiches stark hinter den Ansätzen zurückbleibe. Die Überschüsse der Betriebsverwaltungen, besonders der Forstverwaltung, müßten hinter den Ansätzen um 39,8 Millionen zurückbleiben.

Insgesamt werde für 1930 mit einem Fehlbetrag von 150 Millionen zu rechnen sein. Die ungedeckten Anleiheausgaben betragen am 1. April rund 80 Millionen.

Der lastenmäßige Fehlbetrag am 1. April 1931 in Höhe von 150 Millionen müßte durch kurzfristige Kredite abgedeckt werden. Das allein zeigt schon, wie sehr sich die Finanzlage verschärft hat. Für 1931 muß mit einer weiteren erheblichen Verschärfung gerechnet werden.

Alle Befürchtungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung sind weit übertroffen worden.

Der Minister beschäftigte sich dann mit der Lage der Gemeindefinanzen und führte aus, die Staatsregierung habe zu dem Gesetzentwurf des Staatsrates, der 250 Millionen für die Gemeinden verlange, noch nicht Stellung genommen. Ihre Stellungnahme sei abhängig von der bevorstehenden Einreichung des Reichsbudgets zur Reform der gesamten Arbeitslosenfürsorge. Die Entwicklung der Gemeindefinanzen sei bestimmt durch die Entlohnung der Arbeitslosigkeit.

Die Brauns-Kommission habe die Bekämpfung von Auslandskapital in den Mittelpunkt ihrer Vorlesung gestellt; aber hier entfiel die Frage, welchen Sinn es habe, zunächst 1700 Millionen an Reparationen an das Ausland abzuführen und dann das der deutschen Wirtschaft so entzogene Kapital mit Auslandsanleihen wieder hereinzuholen. Im Vordergrund sei die wirtschaftliche Kraft Deutschlands überschätzt worden. Die Verheißung, daß die deutsche Wirtschaft durch Kapitalzufuhr und Erschließung neuer Märkte gehoben werden soll, sei unerfüllt geblieben. Das Reparationsproblem werde zur entscheidenden Frage. Die Politik der Räter werde sich hierauf einzustellen haben, da keine Zeit mehr zu verlieren sei.

Nachführung des Landtags.

Am Sonnabend kleine Vorträge.

Berlin, 10. Mai.

Nachdem sich die Freitagssitzung des Preussischen Landtags bis gegen 3 Uhr nachts ausgedehnt hatte, trat der Landtag am Sonnabendvormittag bereits um 10 Uhr wieder zusammen, um kleine Vorträge zu erledigen. In der Freitagssitzung mußte, wie berichtet, infolge der Dürftigkeit der Delegationen und der Kommunisten über jeden einzelnen der insgesamt 87 Paragraphen des neuen Polizeiverwaltungsgesetzes namentlich abgestimmt werden.

Die Abstimmungen dauerten annähernd elf Stunden. Obwohl es inzwischen 2 Uhr nachts geworden war, wurde doch noch die zweite Beratung der allgemeinen Finanzverwaltung und des Saushaltsgesetzes zu Ende geführt. Damit war die zweite Beratung des preussischen Staatshaushalts für 1931 beendet. Die dritte Beratung soll am Montag, den 11. Mai, beginnen. Das Polizeiverwaltungsgesetz soll am Dienstag zur Schlussabstimmung gestellt werden. Am Mittwoch wird der Landtag in die Pflanzgarten gehen, um am 8. Juni zu einem neuen Tagungsort zusammenzutreten, der in erster Linie der Verabschiedung des Kirchenvotums dienen soll. Man rechnet damit, daß die entscheidende Abstimmung am 13. Juni stattfinden wird.

Tribute und Weltwirtschaft.

Kriegsschulden und Internationale Handelskammer.

Washington, 9. Mai.

Vor der Gruppe „Zahlungsausgleich“ der Internationalen Handelskammer sprach Staatssekretär A. D. Bergmann über die wirtschaftliche Auswirkung der Schuldentilgung, insbesondere der Reparationen. Die internationalen Schulden und die Reparationen seien miteinander verknüpft.

Die ganze Bürde der internationalen Schulden liege auf Deutschlands Schultern. Es sei Pflicht der Internationalen

Handelskammer, den Einfluß der Reparationszahlungen auf die internationale Wirtschaft genau zu studieren und zu analysieren. Deutschland werde gezwungen, seine Ausfuhr zu verkürzen und die Einfuhr einzuschränken. Das bedeute eine ernste wirtschaftliche Gefahr.

Inschließend sprach Henry Bell, der Direktor der Closs-Bank. Er griff die Zollpolitik Amerikas scharf an und betonte, Amerika solle sich seiner großen Verantwortung bewußt werden und sich überlegen, ob es angeht, die Weltkriege nicht vorteilhafter wäre, eine freundlichere und großzügigere Haltung gegenüber dem Schuldensystem einzunehmen.

Die Arbeitslosigkeit stark rückgängig.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen seit Mitte Februar um 700 000 gefallen.

Nach einem hohen veröffentlichen Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage hat die zweite Aprilhälfte die Frühjahrsentlastung in starkem Umfang in Erscheinung treten lassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um fast 240 000, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 216 000 zurückgegangen; in der Kriegsfürsorge ist noch ein leichtes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen.

Nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende April in der Arbeitslosenversicherung rund 1 888 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, womit gegenüber dem diesjährigen Höchstpunkt Mitte Februar ein Rückgang um über 700 000 eingetreten ist. Die Überlagerung gegenüber dem Vorjahre beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur noch 125 000. Die Kriegsfürsorge ist noch mit rund 602 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet. Der Bestand an Arbeitslosen betrug Ende April rund 4 389 000 gegenüber 4 628 000 Mitte April.

Ruhrfriedenspruch vom Zechenverband abgelehnt.

Protest gegen eine Verbindlichkeits-erklärung.

Der Zechenverband hat den am 6. Mai gefällten Friedenspruch über den Nahmerkuriervertrag im Ruhrgebiet abgelehnt. Der Friedenspruch sei für die Zechen untragbar, weil er die Siebenjahresfrist unserer Zechen vorsehe und die Schiffschiffereierklärung, die er bringe, nur 0,8 Prozent der Kohlenmenge ausmache. Die Verbindlichkeitsklärung des Friedensspruches wird vom Zechenverband entschieden abgelehnt.

Deutsche Bauausstellung.

Die offizielle Eröffnungsfeier.

Berlin, 10. Mai.

Die Deutsche Bauausstellung 1931 wurde vor etwa 2000 Ehrengästen, darunter Vertretern der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, der Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst sowie ausländischer Regierungen feierlich eröffnet.

Oberrürgermeister Dr. Sahn

hielt die Begrüßungsrede. Er erbot sich in der reichen Besichtigung der mit der Deutschen Bauausstellung verbundenen Internationalen Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen aus 22 ausländischen Staaten den Ausdruck der lebendigen Anteilnahme des Auslandes an dem großen, das wichtige Kultur- und Lebensgebiet des Wohnens und Bauens umfassenden Ausstellungsweites.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

eröffnete dann namens der Reichsregierung die Bauausstellung. Er führte in seiner Ansprache aus, die heutige Notzeit verlange, daß sich Baukunst und Bauwerkzeuge den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten anpaßten und die gestellten Ziele auf dem einfachsten und billigsten Wege erreichte. Ein arm gewordenes Volk könne es sich nicht leisten, durch prunkvolle Bauopferungen Reichtum vorzutäuschen. Auch die Außenformen des Bauwerkes müßten die harte Beschränkung, die uns die Zeit auferlege, zum Ausdruck bringen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

würdigte eingehend die Abteilung „Der ländliche Siedlungsraum“ der Ausstellung. Die Not der Zeit, so meinte er, dränge dazu, zu prüfen, ob nicht eine Übertragung der neuesten Bauverfahren und Bauweisen der Sicht auf das Land weitere Verbilligung mit sich bringe. Die Bauausstellung könne der Ansicht werden zur finanziellen Entlastung der Siedler und der Siedlungsträger des Staates und der Wirtschaft. Zum Schluß gab der Vorsitzende des Vereins Bauausstellung und Verwaltungsrat der Deutschen Bauausstellung, Baurat Dr. Ingenieur Kieper, der Hoffnung Ausdruck, daß eine Belebung der Bauindustrie infolge ihrer weitreichenden Wirkungen zu einer frühbaren Entlastung der öffentlichen Finanzen führen werde.

An die Feier schloß sich ein mehrtägiger Rundgang der Ehrengäste durch die Ausstellung.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus

Richard Arnold.

Briand zum Zollvertrag.

Vertröstung auf die Völkervereinigung. — Heftige Angriffe Franklin-Roosevelts.

Paris, 9. Mai.

Der französische Außenminister Briand, den seine Freunde am 13. Mai zum Staatspräsidenten machen wollen, beantwortete in der Kammer verschiedene außenpolitische Interpellationen. In fast allen Anfragen war auch der österreichisch-deutsche Zollvertrag erwähnt worden; der Abg. Scarpit wollte darin z. B. eine Bestätigung des Artikels 30 des Vertrag des Zollvertrags erblicken, während Franklin-Roosevelt, der wieder einmal Briand den schärfsten Kampf anjagte, meinte, der Anschlag sei eine Folge der „Schicksalshand“ der Alliierten.

Briand rechtfertigte seine Politik zunächst damit, daß er auf seine Zusammenarbeit mit Boncaré und Tardieu sowie auf die vielen Parlamentarienthronungen für seine Außenpolitik beruhe. Diese Politik habe dazu beigetragen, daß es heute viel schwieriger sei als früher, einen Krieg zu beginnen.

Seiner Ablehnung Briand hier die Antwort schuldig, wie es kommt, daß Frankreich trotzdem 1931 mehr Geld für Rüstungen ausgibt als 1913.

Auf das österreichisch-deutsche Zollprotokoll eingehend, sah Briand sich zu dem Eingekündnis gezwungen, daß dieser Vertrag einen wirtschaftlichen Charakter hat und daß Frankreich gewissen Völkern, die sich in einer schwierigen Lage befinden, nicht genug bieten kann.

Trotdem sprach dann auch Briand wieder von „Gefahren der Völkervereinigung“, die das Vorgehen Deutschlands in Frankreich bezweckten haben soll. Im Krieg will das französische Außenministerium nicht übertraffen werden. Bereits am 20. März habe es in Telegrammen festgestellt, daß das Unternehmen Deutschlands und Österreichs „den Friedens-Vertrag“ und den Abmachungen zuwiderlaufe. „Deutschland und Österreich bekräftigen nun, gegen die Verträge verstoßen zu haben, doch müßten derartige Fragen dem Völkervereinigung gebräut werden.“ Die Unabhängigkeit Österreichs sei unveräußerlich, außer mit der Zustimmung des Völkervereinigung. In dieser Hinsicht fürchte er nichts.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen verschärfte Briand seinen Ton von Satz zu Satz. Er erklärte:

„In Genf werden alle Nationen zur Stelle sein. Man wird prüfen können, wie weit Deutschland im guten Glauben gehandelt hat, Deutschland und Österreich bekräftigen zu haben, doch müßten derartige Fragen dem Völkervereinigung gebräut werden.“ Wir dagegen sagen: Nein! Wäre Österreich, als es das Anleiheabkommen von 1922 abschloß, gewagt zu behaupten, daß es dabei den Hintergedanken gehabt hätte, ein Zollabkommen mit Deutschland abzuschließen? Nein! Das ist der beste Beweis dafür, daß Österreich nicht das Recht hierzu hat.“

Als Briand geendet hatte, wurde ihm von seiten sämtlicher Abgeordneten der linken und zahlreichen Abgeordneten der Mitte eine Ovation dargebracht. Die Beratungen wurden unterbrochen und nach zweifelhafte Pause in nächster Stunde wieder aufgenommen.

Briandre in der französischen Presse

Seine Präsidentschaftskandidatur allgemein verlangt.

Paris, 10. Mai.

Die Rede Briands findet in der französischen Presse ein selten dagewesenes einmütiges Echo. Abgesehen von einigen Rechtshäutern ist man sich darüber einig, daß der Außenminister die beste Rede während eines politischen Laufbahn gehalten hat. Das „Deuore“ hebt hervor, Briand habe befunden dadurch viel gelindeten Menschenverstand, daß er darauf hingewiesen habe, daß man den Anschlag nicht verurteilen könne, ohne den wirtschaftlich notleidenden Staaten Hilfe zu bringen. Die „Ere Nouvelle“ hebt hervor, daß die Frage, ob sich die am 13. Mai stattfindende Nationalversammlung für oder gegen die Briand'sche Präsidentschaftskandidatur aussprechen werde,

eine derartig überzeugende Antwort erhalten habe, daß die Einsetzungen sofort beschlossen hätten, den Außenminister zu bitten, seine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten anzunehmen.

Leon Baum sagt im „Populaire“ Briand habe sicherlich das Bedürfnis gehabt, vor seinem Ausscheiden aus dem Außenministerium noch einmal Redenshaft über seine seit sechs Jahren verfolgte Politik abzugeben. In der Redepresse wird betont, daß Briand im wesentlichen nur seine alten Thesen wiederholt habe.

... und was Berlin dazu sagt.

Die Rede des französischen Außenministers Briand in der Kammer ist in Berlin mit gemäßigten Gefühlen aufgenommen worden. Sie wird als eine typische Briandre bezeichnet, die auf Wohl bestimmt war und die erkennen

läßt, daß Briand es jetzt mit seiner Seite verderben will. Die Grundtendenzen der Rede ließen man in politischen Kreisen Berlins darin, daß die französische Außenpolitik gegen die Zollunion Widerstand bis zum äußersten leisten will, trotz der verständlichen Wendungen, die die Rede vielfach hier und da enthielt. Als besonders bemerkenswert wird die Forderung hervorgehoben, daß Briand den angeblichen deutsch-österreichischen Anstoßverbot in erster Linie als einen Ausfluß wirtschaftlicher Natur charakterisierte. Diese Feststellung Briands ist im Gegensatz zu seinen bisherigen Äußerungen unbedingt ein Novum.

Die Bemerkung Briands, daß das Bekanntwerden des Zollunionplanes allenfalls die Erzeugung auslösen könnte, ist sachlich falsch. In zahlreichen Ländern, wo in England, Italien, Rumänien usw., hat der Plan vielfach sehr freundlichen Widerstand gefunden. Selbst in Polen ist in den ersten Tagen nach Bekanntwerden des Planes keinerlei Protest laut geworden. Erst auf das Stichwort aus Paris setzte auch in Polen der Feldzug gegen die Zollunion ein.

Eins hat aber in der Briand-Rede in Berlin ganz besonders Eindruck gemacht, nämlich die Feststellung, daß das französische Außenministerium von dem Plan nicht überdrüssig gewesen sei.

Tatsächlich hat ja die französische Propaganda gegen das Zollabkommen die Behauptung, daß Wien-Berlin auf die anderen Länder gemäßigteren einen diplomatischen Lebenslauf verüben hätte, als Ausgangspunkt benützt. Am übrigen wird in Berlin mit Interesse festgehalten, daß zwischen den Ausführungen Briands und denjenigen des Ministerpräsidenten Raab unvereinbare Widersprüche beständen. Raab hat sich schon nicht gefürcht, das Urteil des Völkerbundsrats als angeblich negativ ausfallen zu lassen. Die Behauptungen Raabs, daß der italienische Außenminister Grandi gleich am ersten Tage den Gedanken in Wien angewiesen habe, zu protestieren, ist sachlich unrichtig. In Wien lediglich um Aufklärung gebeten und sich dem französischen Protestschreiben angegeschlossen hat. Was die Briand-Rede angeht, so ist noch hinzuzusetzen, daß seine Äußerung über Außenminister Curtius als den Nachfolger Stresemanns in Berlin als wenig ratsam empfunden wird. Briand hatte bekanntlich gesagt, er hoffe, daß derjenige, der in Deutschland Stresemann ersetzte, vom europäischen Gedanken inspiriert sein werde und verhoffe, daß Gemaltete heute nicht mehr werden seien.

Ungarn und die Zollunion.

Ein Interview Sauerweins mit Graf Bethlen.

Badapest, 10. Mai.

„Herr Vönd“ veröffentlicht ein Interview, das der Außenminister des Pariser „Matin“, Sauerwein, mit dem Ministerpräsidenten Graf Bethlen hatte. Graf Bethlen stellt vor allem fest, daß Ungarn im Begriff ist, mit Österreich ein interessantes Abkommen zu treffen, wonach ungarische landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere 2 Millionen Doppelzentner Getreide, gegen österreichische Industrieerzeugnisse ausgetauscht werden sollen.

Infolge der deutsch-österreichischen Zollunionpläne könne dieser Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen werden. Die Verwirklichung der deutsch-österreichischen Zollunion werde für Ungarn nur dann vorteilhaft sein, wenn in ihr nicht die deutsche, sondern die österreichische Wirtschaftsauffassung den Sieg davontrage. Die Agrarländer wüßten, daß es sehr schwer sei, ihre Erzeugnisse nach Deutschland auszuführen. Der Mostzollungsvertrag Ungarns mit Deutschland sei ein letzter Versuch, diesen Zweck zu erreichen.

Der französische Plan sei für Ungarn deshalb interessant, weil er viele Merkmale mit dem in Rom unterzeichneten und in London zu wiederholenden ungarischen Vorschlag gemein habe. Dieser Vorschlag bestünde darin, daß die Getreideausfuhrländer ein Kartell bilden sollen.

Gegen den russischen Wettbewerb

müsse eine europäisch-amerikanische Vereinigung zustande gebracht werden, die um so eher möglich sei, als selbst für den Fall, daß der gesamte Ausfuhrüberschuß der jüdisch-europäischen Agrarstaaten von den europäischen Einfuhrländern aufgenommen würde, noch immer etwa 15 Millionen Doppelzentner aus Amerika bezogen werden müßten.

Der französische Plan

sei interessant, aber nur dann verwendbar, wenn Franz sich die Zustimmung der Industriestaaten — der Abnehmer der Getreideüberschüsse — erhalte, denen die Agrarländer ihrerseits gewisse Voraussetzungen für die Industrieerzeugnisse im-

räumen könnten. „Wir sind bereit, unsere Industrieerzeugnisse einzuführen, falls der Fortbestand unserer Industrie, die etwa 2 Millionen Personen ernährt, nicht gefährdet ist.“

Polnisches Militärflugzeug vorgelandet

80 Kilometer von der Grenze. — Falsche Angaben des Führers.

Königsberg i. Pr., 10. Mai.

Bei Mahrau im Kreise Preußisch-Holland — 80 Kilometer von der Grenze entfernt — ist ein polnisches Militärflugzeug vorgelandet. Die beiden Militärflieger wurden von der Polizei in Schußhaft genommen. Gegen 5 Uhr nachmittags beobachteten die Bewohner des Dorfes, wie sich ein Flugzeug dem Boden näherte und Anstalten machte, zu landen. Der zuständige Landjäger begab sich sofort an die Landungsstelle, wo er feststellte, daß es sich um ein polnisches Militärflugzeug handelte, das von einem Hauptmann geföhrt wurde. Der polnische Offizier erklärte, er habe sich auf dem Fluge von Warschau nach Graudenz befunden und dabei einen Kompagniechef erlösen.

Von zuständiger Stelle wird dazu weiter mitgeteilt: Sofort nach Bekanntwerden der Notlandung begab sich der Königsberger Sachbearbeiter an den Ort der Notlandung. Es wurde festgestellt, daß die Maschine um 17.15 Uhr infolge Delmangels niedergegangen ist. Entgegen den Aussagen des polnischen Hauptmanns war der Kompagniechef in Ordnung. Bei der Maschine handelt es sich um einen Eindecker des französischen Systems Wibault mit einem 24-PS-Duplex-Motor. Die Maschine war nicht armiert. Es sind jedoch Stände für zwei Maschinengewehre eingebaut. Daß eine Spionageabsicht vorgelegen hat, nimmt man nicht an, da weder Kartenmaterial noch ein photographischer Apparat gefunden wurden. Der polnische Offizier erklärt, er sei Abnahmeflieger einer polnischen Flugzeugfabrik und habe den Auftrag gehabt, die Maschine nach Graudenz zu fliegen und dann mit der Bahn nach Warschau zurückzukehren. Die Maschine, die unbeschädigt ist, wurde beschlagnahmt, der polnische Hauptmann im Gefängnis zu Mahrau in Schußhaft genommen.

Unser Recht zum Aufrüsten.

Ein Vortrag des Generalobersten von Seekt.

Karlsruhe, 10. Mai.

Am Karlsruher Studentenhaus sprach der frühere Chef der Vereinstellung Generaloberst von Seekt zur hiesigen Studentenschaft über die politische Bedeutung des Wehrgedankens. Nach einer Skizzierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes in der Welt formulierte er Seekt die Forderungen, die sich angesichts der kommenden allgemeinen Abrüstungskonferenz für die deutsche Außenpolitik ergeben.

Fest steht, daß die heutige Reichswehr trotz ihrer hervorragenden Ausbildung nicht einmal in der Lage ist, die deutschen Grenzen gegen modern ausgerüstete Gegner zu schützen. Jedes Volk habe aber ein Recht auf Selbstverteidigung, das ihm niemand streitig machen könne. Wenn aber die Siegerstaaten zu einer durchgreifenden Abrüstung nicht bereit seien, was angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse zu erwarten sei, dann müsse Deutschland seinerseits sich auf das Völkervertragsrecht berufen, das jedem Staat die Sicherheit unter beiderseitiger Berücksichtigung seiner geographischen Verhältnisse garantiert. Daraus ergäbe sich für die deutsche Außenpolitik die Forderung, das Recht Deutschlands auf eine angemessene Aufrüstung, eine Forderung, die man heute nicht mehr ausweichen könne.

Der Redner legte dann seine bereits bekannten Ideen für den Aufbau einer neuen deutschen Wehrmacht dar, die auf einer Verbindung von allgemeiner Wehrpflicht und Berufsvolkbasen beruhe. Eine stark schlagfertige Wehrmacht würde für die deutsche Außenpolitik einen nicht zu unterschätzenden Faktor darstellen und würde über ihre militärische und politische Bedeutung hinaus zu einer Bebung und Kräftigung des Staatsgedankens führen.

Die süddeutschen Unwetterkatastrophen

Sturm- und Hagelkatastrophen in Unterbaden.

Die wolkentrübigen Regenfälle haben in Unterbaden großen Schaden verursacht. Überall sind weite Landstrecken unter Wasser gesetzt worden. In Mannheim ist der Rhein um einen Meter gestiegen. Der Neckar ist um über zwei Meter gestiegen und hat sein ganzes Uferland bis zur Mündung in den Rhein überflutet. Bei Kirch-

horn steht das Arbeitsgelände der neu in Angriff genommenen Kanalbauarbeiten vollkommen unter Wasser.

Überall mußten die Feuerwehren in Tätigkeit treten.

In den Bahnanlagen wurde großer Schaden angerichtet, so daß der Zugverkehr nur mit äußerster Vorsicht aufrecht erhalten werden kann. Aus Bödingheim wird gemeldet, daß die Wassermassen wie aus Eimern gegossen herniederstürzten.

In vielen Stellen ist der Ort fast das Wasser meterhoch.

Äußerst laute Explosionen kommen aus dem ganzen unterbadien Gebiet. Auch die rheinpfälzischen Klüften sind von dem Hochwasser schwer betroffen worden. In Schifferstadt wurde eine 60 Zentimeter dicke Mauer unterläßt und von den Wassermassen fortgerissen. In Obendöhlen drangen die Wassermassen in die Keller ein und richteten bedeutenden Schaden an. Auf den Weidern wurde die Saat ausgegessen und die tierischen Erzeugnisse zerstört. In den Wäldern wurde insbesondere an den Baumspitzen erheblicher Schaden verursacht. Das Gießnetz überhalb und unterhalb von Hochheim ist unter Wasser gesetzt.

Verhältnismäßig sind Erdbeben zu verzeichnen.

In zahlreichen Orten drangen die Wassermengen in die unteren Stockwerke der Häuser ein und Vieh mußte aus den Ställen in Sicherheit gebracht werden.

Der Rhein weiter gestiegen.

Nach den schweren Regenfällen und den Wolkentrübungen in Süddeutschland sind die rechten Rheinebenenflüsse in beängstigender Weise gestiegen. Ingenen ist dies bei den linken Rheinebenenflüssen nicht der Fall. Bei Biedesheim ist der Neckar auf 4,46 Meter gestiegen. Auch an der Mündung des Neckars in den Rhein ist ein Steigen von 2,21 Metern festzustellen. Vom Mittel- und Unterlauf wird ebenfalls ein hartes Steigen gemeldet. Die Bahn ist an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten. Ebenso sind die kleinen Bäche, die zur Bahn und zum Rhein hinfießen, über die Ufer getreten. Auch Sieg und Ager sind durch die Regenfälle stark angeschwollen. Die Wassermassen, die viel Geröll und Unrat mit sich führen, sind teilweise weit über die Ufer getreten und haben die Felder gleichmäßig überschwemmt.

Deutsche Tageschau.

Kommunistische Zeitung verboten.

Die kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Halle-Merzbürg, „Klassenkampf“, ist durch Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 8. Mai auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1933 auf die Dauer von 14 Tagen bis zum 21. Mai einstweiliglich verboten worden. Das Verbot enthält sämtliche Kopierrechte sowie jegliche andere Druckrechte, die sich sachlich als die alte Darstell- oder als Erlaubnis ansehen ist.

Bezirkspräsidentenwahl in der bremischen Bürgerchaft.

Am Abendgang der Bremer Bürgerchaftswahl fand die Wahl eines Bezirkspräsidenten, die durch die Wahl des Sozialisten Oberst zum Präsidenten notwendig geworden war. Ein kommunistischer Wahlvorschlag wurde nicht anerkannt. Die Neuwahl ergab für den Nationalsozialisten Dr. Badhaus 56 Stimmen, für den Kommunisten Ralke 12 Stimmen bei 43 ungültigen Stimmen. Damit war Dr. Badhaus zum Bezirkspräsidenten der bremischen Bürgerchaft gewählt.

Vollstreckung vorläufiglich Anfang August.

Die Vorlage über die Auflösung des Preussischen Landtages wird, wie man in Landtagskreisen annimmt, voraussichtlich Ende Juni im Plenum des Landtages zur Beratung gestellt werden. Man rechnet damit, daß für den voraussichtlich notwendig zu machenden Vollstreckung einer der beiden ersten Sonntage im August, der 2. oder der 9. August, festgelegt werden wird.

Terminliche Grenzüberfretung.

Nach einer polnischen Meldung sollen am 6. Mai elf britische deutsche Schiffsregimente bei Ruda (Oberösterreich) die Grenze überschritten haben. Sie sind nun der deutschen Grenze nicht weiter als 15 Meter auf polnisches Gebiet übergetreten. Die Überfretung beruht auf der Unberücksichtigung der Grenzlinie. Zur Feststellung des Sachverhalts nahmen deutsche und polnische Behördenvertreter eine örtliche Besichtigung vor. Die Vertreter beider Schiffsregimente zwischen den Grenzlinien 159 und 188 überschritten worden ist. Die Überfretung ist darauf zurückzuführen, daß der Führer der deutschen Beamtin territorialgerichtlich angenommen hat, die Meeresspuren, die er mit seinen Booten benutzte, die die Grenze

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

34. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Maria“ flüsterte er weich, fast traurig, „Warum quälst du mich?“

Da war er wieder, dieser Ton, der ihr das Blut durch die Adern jagte und ihre Stimme verwirrte. Versetzen waren ihre guten Vorsätze; sie erschauderte unter seiner Berührung und ließ ihn liegen an —

„Denke, wir wären allein auf der Welt. Ueber uns der blaue Himmel, ringsum rauschende Bäume und mitten in dieser Wälderlandschaft wir beide, ganz allein, ganz heimlich.“

„Flüsterte“ er dicht neben ihrem Ohr.

Sie atmete schwer.

„Warum zeigst du mir ein Paradies, das mir für immer verschlossen bleiben muß?“

„Wo doch ein Paradies, Maria — ein Paradies!“

„Inbelle er lebe.“

„O, wie wieder zurück müssen in die Welt, in das Alltagsleben.“

„Kammelle he und schloß die Augen.“

„Es liegt ja in unserer Hand, die Welt zum Paradiese und das Alltagsleben zum ewigen Feiertag zu machen, Maria. Wenn du doch nur ein wenig Freiheit haben wolltest!“

Sie lächelte ihm entgegen an.

„Sprich nicht weiter! Es dar ja nicht sein!“ Ihre Stimme klang trocken, fast rau und doch zitterte heise, brennende Sehnsucht aus jedem Tone.

„Glaubst du wirklich, Maria, daß wir nach alledem noch weiter nebeneinander hergehen können, fremd und gleichgültig? Was in uns lebt, ist stärker als wir; es läßt sich nicht niederhalten.“

„Weich und schmeichelnd tönte seine Stimme an ihr Ohr. Sie lächelte leise. Flüchtig ließ sie ihn zurück und griff mit zitternden Händen nach den Blumen. Aus der Ferne schallte deutlich die Stimme des Pfarrers herüber, der sich mit Dr. Bertold näherte.

Maria hand auf. Sie wunderte sich, wie ruhig es plötzlich in ihr war. Sie konnte ihren Gatten lächelnd begrüßen und ohne Ueberwindung auf die herbeigehenden Worte Dr. Bertolds eingehen.

Bald fanden sich auch die anderen Damen und Hänschen wieder ein, und man trat den Sommer an.

Maria schritt am Arme des Gatten schweigend durch den lauen Sommerabend. Von jenem trug der Wind halbverwehte Klänge eines Abendglöckchens. Am ihren Mund lag ein verträumtes Lächeln und in den Augen ein heimliches Schmun.

Vor der Vornehmsten Villa trennte sich die kleine Gesellschaft. Das Abschiedsreden ging schnell vonstatten, denn Dr. Bertold brachte Ilse halb scherzend in das Haus.

„Die Abendluft ist nichtig für Sie, meine kleine Gnädige, wenn Sie auch noch so mild ist.“

„Ihre letzte; aber Sie fügte sich. Der Landrat verabschiedete sich artig. Mit Maria taugte er einen Handschuh, den sie halb mechanisch erwiderte.

XI.

Am anderen Morgen kam Pauline ins Pfarrhaus und überbrachte Maria einen Brief von Ilse, in dem diese ihr mitteilte, daß ihr der geistige Anstoß nicht gut bekommen sei und sich nicht recht wohl fühle. Sie bitte daher Maria, ihr doch Hänschen ein wenig vom Zeitvertreib hinüberzuschicken; sie langweile sich sonst zu sehr. Maria könne ja den Kleinen am Abend selbst wieder abholen.

Am ersten Augenblick wollte Maria Ilses Bitte nicht erfüllen. Sie wußte, daß Ilse das Kind sehr vermöchte und ihm unvernünftigerweise alles zu essen gab, wonach es nur begeherte. Dann hatte sie noch einen anderen, schwerwiegenden Grund: Ilses Krankheit.

„Aber schließlich sagte sie doch ja“, denn es war ihr, als hätte sie Ilse überhaupt keine Bitte ab schlagen, als sei sie tief in ihrer Schuld.

Sie kleidete Hänschen selbst an und übergab ihn Pauline.

Der Kleine war über die Aussicht, die „gute Tante Ilse“ einen ganzen Tag lang besuchen zu dürfen, sehr vergnügt und appelte vor Ungeduld. Fast traurig sah Maria ihm nach, als er an der Seite des Wächters eilig davonrappelte.

„D er mich wohl sehr vermischen würde, wenn ich einmal nicht mehr da wäre?“ dachte sie weiter. „Gewiß; ansfang wohlgeheimlich, aber dann würde er nach Kinderarzt hinweggehen.“

„Was kam sie auf solche törichte Ideen? Sie hätte das Kind doch lieber nicht fortgehen lassen sollen; er wäre nicht sein munteres Gepläuber, und die ungenossenen Stille rauschen auf zu entziehen, ging sie in die Küche hinauf.“

Frau Müller war damit beschäftigt, Frühstück einzumachen, und Maria erbot sich, ihr zu helfen. Jägernd brachte die alte Frau die nötigen Gerätschaften herbei, einen forschenden Blick auf Maria werfend. Sollte die Frau Pastor jetzt etwa anfangen wollen, ihr in die Wirtschaft einzudringen?

Mittraulich beobachtete sie die junge Frau, die sich ungeschickt genug bei der ungewohnten Beschäftigung anstellte. Doch ihre Belorgnis erwies sich bald als unbegründet.

„Wohl gab sich Maria alle Mühe, ihre Gedanken zu verdrängen und sich mit Interesse der Arbeit zuwenden. Aber bald legte sie das Gabel mit der die Sahne zum Weich machen und die Hände, die schmutzigen, Hebrigen Finger zeigten ein pharisäisches Unbehagen in ihr. Sie lächelte bitter; nicht einmal dazu war sie zu gebrauchen.“

Frau Müller lächelte gutmütig. „Ja, ja, jede Arbeit will gelernt sein! Aber das ist auch wirklich keine Beschäftigung für die Frau Pastor. Sie sollten ein wenig papieren gehen, das Wetter ist so schön.“

Einen Augenblick kam Maria der Gedanke, Ilse zu besuchen, aber eben so schnell wies sie ihn wieder von sich. Wie leicht hätte sie dem Landrat begehren können, und ihr graute vor dem nächsten Wiedersehen.

Wie im Selbstgespräch schüttelte sie den Kopf und ging die Treppe hinauf. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kernberg, den 11. Mai 1931

Die Geißeligen.

Gestrengere Herren regieren nicht lange. Ob der Volkstumm, der dieses Sprichwort prägte, dabei an die drei gestrengten Herren Amerius, Pantrastus und Serotinus gedacht hat, die vom 11. bis 13. Mai als die sogenannten Geißeligen oder Eismänner regieren, weiß man nicht genau, ebensowenig wie man genau weiß, woher dieser eigenartige Räuberfall, der fast regelmäßig um die Mitte des Mai eintritt, kommt. Sind es die Geißer, die um diese Zeit im Gollftrun hängen, ist es eine Nachwirkung der letzten Schneedecke auf den Gebirgshöhen, oder sind diese „gestrengten Herren“ nur zur Herrschaft gelangt, um uns zu zeigen, daß auch im Wonnemond nicht alles wonnig ist? Man weiß es nicht.

In manchen Gegenden Deutschlands begnügt man sich nicht mit drei gestrengten Herren sondern man rechnet noch den 14. und 15. Mai dazu, Bonifatius und die „falte Sophie“.

Tatsächlich sind die „Geißeligen“ manchmal recht empfindliche Herren und die Nachfröhen verdienen die schönste Baumblüte. Mancher Bauer und Gärtner lacht sich durch nächtliche Fänger gegen einen solchen Schaden zu schützen. Sind aber die gestrengten Herren vorüber, dann droht kein Frost mehr, und jeder ist beglückt über ihre nur kurze Regierungszeit. Wenn es auch im Sprichwort heißt: „Amerius, Pantrastus und Serotinus bringen Kälte und viel Verdruß“, so können diese guten heiligen nichts dafür, daß mit ihrem Namen sich eine so unfreundliche Bedeutung verknüpft, und auch Bonifatius und die „falte Sophie“ würden uns von Sorgen eines gänzlich ungestörten Wonnemonds gönnen.

Wie alljährlich findet auch in diesem Jahre wieder am Himmelfahrtstage das diesjährige Schützenfest mit dem Auszug der Schützen gilde statt. Auf dem Schützenplatze sind schon eine Reihe von Buden und Zelten aufgebaut, verschöne werden noch folgen, jedoch den Besuchern unterhaltene Stunden bevorzugen. Außerdem sind die hiesigen Badegeschäfte bis nachmittags geöffnet. Der Landundtschaft ist also Gelegenheit gegeben, notwendige Einkäufe in Ruhe zu erledigen.

Die Schönszeit für Birnhähe beginnt für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg mit Ablauf des 15. Mai, die für Kalanienhähe mit Ablauf des 17. Mai.

Ernährte Fernsprechgebühren. Es ist nicht überall bekannt, daß sich die Fernsprechgebühren in der Verkehrswochezeit von 19 bis 18 Uhr um ein Drittel erhöhen. Gespräche, die nicht an eine bestimmte Zeit gebunden sind, werden daher aus Organisationsgründen zweckmäßig auf diese Stunden verlegt.

Der gefrige Sonntag gestaltete sich durch den Besuch des evang. Jungmännervereins St. Pauli in Dessau für den hiesigen Jugendverein zu einem Tag des Festes und der Freude, an der auch der Jungmännerverein Anteil nahm. Um 8 Uhr traf der genannte Verein aus Dessau ein und vereinigte sich mit dem Jugendverein, dem sich der Jungmännerverein angeschlossen, zum gemeinsamen Besuch des Gottesdienstes, dem Festgottesdienst zum Muttertag, in dem Pfarrer Hähms die Predigt hielt über 1. Joh. 4, 7—10 und der durch einen Choral leitens der 9 Mann starken Männerabteilung des Dessauer Vereins durchgeführt wurde. Im Anschluß an den Gottesdienst erfolgte von der gleichen Männerabteilung Choralabspiel vom Turm, darauf Besichtigung der Kirche unter Führung von Pfarrer Hähms und Besichtigung des Museums. Ein Teller Suppe, dargeboten im Archidiakonate, diente den Dessauer Gästen zur Stärkung. Gegen 2 Uhr erfolgte gemeinsamer Abmarsch mit Musik nach dem Waldhaus Niemitz, wo die männliche Jugend in der Wehrzahl am Ballplatze ihre Freude hatte, aber an der herrlichen Natur, wie sie gerade bei Niemitz besonders zu bewundern ist und auch tatsächlich bei den Mitgliedern des Dessauer Jungmännervereins Bewunderung hervorrief. Um 4 Uhr erfolgte gemeinsamer Einmarsch. Im Archidiakonate fand noch eine Schlußfeier statt, und darauf folgte Abmarsch zum Schützenhaus, von wo der Jungmännerverein von Dessau mit den Männern die Gemisfahrt antrat, erfüllt mit guten Wünschen und dankbar des Erlebten. Es war ein Tag, der die Verbindung herstellte zwischen Dessau und Kerberg und zur Förderung der Jugendpflege und Jugendvereinsarbeit im allgemeinen beitragen hat.

Wie einiger Zeit hat der „Ges“ Deutscher Besatzungs- und Lebensversicherungsverein A. G. Düsseldorf auch in Kernberg die Mitgliederwerbung aufgenommen. Das Unternehmen, welchem Hunderttausende von Mitgliedern angeschlossen sind, steht unter Staatsaufsicht und ist bei ersten Gesellschaften rückversichert, so daß in jeder Hinsicht Gewähr für größte Sicherheit gegeben ist. Zweck und Ziel der Gesellschaft sind, den Hinterbliebenen finanziellen Schutz bei Todesfällen zu gewähren. Die niedrigen Beiträge stellen es jedem Familienvater, bei heutiger Zeit durch sofortigen Beitritt für seine Angehörigen gebührend vorzuzorgen. In Kernberg wird der Besatzungs- und Lebensversicherungsverein durch Herrn Hans Sellig, Kernberg, Schmiebeberger Straße 12a, vertreten. (Siehe auch Inserat.)

Wittenberg. Eine schwere Bluttat ereignete sich am Sonnabend gelegentlich eines Streites, der zwischen dem Fleischermeister C. Knoll aus Pratau und dem Handelsmann Werner aus Wittenberg ausgetragen wurde. Im Verlauf desselben erhielt Knoll einen Messerhieb in den Oberkörper, der unglücklicherweise die Schlagader traf. Verblutung führte den Tod des Fleischermeisters Knoll herbei.

Lößnitz, 9. Mai. (32 Jahre im Wasser gelegen.) Bei Ausbaurbeiten des Muldenbades wurden in Witterfeld in einem Sandhäger die Überreste eines menschlichen Skeletts mit Schifferkitteln gefunden. Gemäß Merkmale sprechen dafür, daß es sich um die Leiche des Jähmännns Wegwitz handelt, der vor 32 Jahren (1) bei der Lieberfabrik über die Mulde zusammen mit 11 Genossen von Lößnitz und Holzschira ertrank. Zum Gedächtnis der Toten ist damals das Turnerdenkmal auf dem Lößniger Friedhofe errichtet worden.

Kabifale Einschränkung der Wohnungsneubauten.

Halle. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen ist der für die Neubausstätigkeit bestimmte Anteil am Hauszinssteuerentkommen wesentlich vermindert worden. Der hällische Magistrat sieht sich gezwungen, die Annahme weiterer Anträge auf Genehmigung von Hauszinssteuerhypotheken zu sperren. Das geringe Bauprogramm wird naturgemäß für den Wohnungs- und Arbeitsmarkt gleich verhängnisvoll sein. Gefördert werden nach den hällischen Bestimmungen nur noch Doppelhäuser und für Familien mit Kindern eine Wohnbaufläche bis zu 60 Quadratmeter haben. Auch muß eine soziale Mietpreisbindung gewährleistet sein. Das bisherige Bauprogramm magt notgedrungenweise nur noch rund 30 Prozent des früheren Programms aus.

Das Millionenprojekt genehmigt.

Nordhausen. Die Stadtvorordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit den beiden großen Projekten: der Sicherung der elektrischen Stromversorgung und dem Umbau der Straßenbahnanlage. Die Stadtvorordneten genehmigten beide Vorlagen einstimmig. Von der 950 000 Mark betragenden Gesamtsumme für beide Projekte werden allein an Arbeitslöhne 350 000 Mark entfallen.

Die „Prologa“ eröffnet.

Halle. Am Sonnabend wurde die „Prologa“, die Provinzialfachliche Ausstellung für Gastwirtschafts- und Hotelindustrie und Kochkunst im Stadthaus eröffnet. Die Ausstellung wendet sich nicht nur an Fachleute, sondern auch an das große Publikum. In der Tat ist hier in geschmackvoller und originaler Aufmachung eine Schau geschaffen, die jedem etwas bietet.

Die Stenographen tagen.

Halle, 20. Mai bis 1. Juni. Die Stenographenbund Sachsen-Anhalt, Sphylen Stolze-Schrey, seine 37. Jahresversammlung in Halle a. M. Die Teilnehmer aus allen Teilen der Provinz Sachsen, dem freiesicht Anhalt und darüber hinaus wird sehr groß sein, zumal der Tagungsort außerordentlich verkehrsgünstig liegt. Den Höhepunkt der Tagung bilden das Vortragsfest und Wettleser, sowie die Festversammlung in der Aula der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg.

MVP gegen den geplanten Kirchenvertrag.

Magdeburg. In einer Sitzung der gesamten Vorstände der Deutschnationalen Volkspartei wurde folgende Entschließung gefaßt: Der Vorstand des Kreisvereins Magdeburg der Deutschnationalen Volkspartei hält den geplanten Staatsvertrag zwischen der Evangelischen Landeskirche und dem Reichlichen Staat für die Zukunft der evangelischen Kirche für äußerst bedenklich und gefährlich und bietet die Herren Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, diesen Staatsvertrag die Zustimmung zu verweigern.

Lieberfall auf Bahnhof Meiseben aufgefährt.

Meiseben. Der Lieberfall auf den Bahnhof Meiseben konnte durch die Kriminalpolizei überraschend schnell aufgeklärt werden. Auch dieses Verbrechen kommt auf das Schuldkonto des langgeheften Einbrechers Müller, der noch immer nicht verhaftet werden konnte und der in der hiesigen Gegend schon viele Diebstähle ausgeführt hat. Sein festgenommener Komplize Hünze hat bereits ein Geständnis abgelegt. Ein anderer, ebenfalls verhafteter Mitarbeiter, Kramer, hat eingestanden mit Müller zusammen mehrere Lieberfälle begangen zu haben. An dem Einbruch im Bahnhof Meiseben will er jedoch unschuldig sein.

Wolfsbandtrabben fressen einen Fils an.

Burgh (Elbe). Von einem Filsber wurde hier ein schöner, dreifüßiger Hirsch gefangen, auf dessen Rücken sich vier Wolfsbandtrabben festgesetzt hatten. Sie hatten dem armen Tier bereits den halben Rücken, das Schwanzende und die Kiemen abgefressen, so daß es nahe am Verenden war. — Dieses Beispiel zeigt wieder einmal die große Gefahr der Wolfsbandtrabben für die Filsbestände in der Elbe. Sie hat sich jetzt bereits oberhalb Neuhaldensleben in der Höhe bemerkbar gemacht.

Sachsischen Innenminister über das Berufsbeamtenamt.

Dresden. Der sächsische Landtag leiste die Entberaterungen im Zusammenhang mit dem Berufsbeamtenamt. Eine längere Aussprache entspann sich über Besatzungs- und Beamtenfragen. Der Innenminister erklärte, daß er Anhänger des Prinzips vom Berufsbeamtenamt sei. Die Rechtsverhältnisse der Beamten ließen seine militärische Gehaltsstruktur zu. Zur politischen Einstellung der Beamten erklärte der Minister, daß er auf die berufliche Eignung, Tüchtigkeit und Pflichtenfüllung sehr und die politische Haltung des Einzelnen nicht erörtert, zumal hierfür meist nichts Innerliches bekannt sei. Im übrigen seien durch die Verfassung der Beamten bestimmten gelegt, auf deren heilige Beachtung und Respektierung gesehen werde.

Über die Stellung der Reichsregierung bezüglich ihrer Hilfe an die unter den Wohlhabenden in der schwer leidenden Gemeinden sei zur Zeit nichts Bestimmtes bekannt. Die sächsische Regierung bereite einen neuen Vorstoß in die Richtung vor, daß die Wohlfahrtsämter eingesetzt würden, die sich zum Nutzen der sächsischen Arbeit auswirken.

Kommunisten gegen Arbeitsdienstpflicht.

Dresden. Die kommunistische Landtagsfraktion verlangt in mehreren Anträgen, daß für Arbeiter, die von Wohlfahrtsämtern ausgemittelt werden, Tariflöhne zu zahlen sind. Weiter wird Einpruch erhoben gegen anzeig-

liche Verweise der Reichsregierung, die Arbeitsdienstpflicht vorzubereiten und einzuführen. Schließlich soll die Regierung beantragt werden, die vom sächsischen Innenminister dem Bauernvereinen Orden angeblich verpropagierende Arbeitsdienstpflicht nicht einzuführen.

Mieber Rundfunkkindernachmittage.

Ceipzig. Wie im vorigen Sommer beschloß die mitteldeutsche Rundfunk in einer Reihe von Ortschaften des Landesbezirks Kindernachmittage zu veranstalten, die auf den Sender übertragen werden. Vorgelesen sind: Mai: 21. Sondershausen, 28. Gotha; Juni: 4. Döbeln, 11. Gera, 18. Langenlisa, 25. Liebenwerda und Torgau; Juli: 2. Oberflömmen, 9. Zeitz, 16. Bad Blankenburg, 1. Zittau, 23. Bad Schleif, 30. Bad Schandau; August: 6. Meierberg-Dörnhersbach, 13. Bad Dürrenberg, 20. Köbau mit Herrenbut, 27. Almerau; September: 3. Sangerhausen.

Elstfäpfige Räuberbande verurteilt.

Ceipzig. Wegen verlusten Raubs und Diebstahls hatten sich die 23jährige Maurer Gustav Jakob aus Jena und der gleichaltrige Zimmermann Erich Rudolf aus Leipzig, der Arbeiter Erich Schenke und acht Genossen aus Jena und Leipzig angeschlossen. Jakob und Rudolf hatten am 11. März 1929 einen Einbruch in eine Villa in Gera gemacht, bei denen ihnen Waffen, Revolver und Geldschatz in die Hände gefallen waren. Am nächsten Tage waren die beiden, ausgerüstet mit den erbeuteten Waffen und durch Gefährtschaften unentdeckt gemacht, in die Bahnhöfe in Jena eingedrungen und hatten mit vorgehaltener Revolver die Stationskasse verlor, aber sofort die Flucht ergriffen, als das elektrische Licht ausgeschaltet worden war. Die anderen Angeklagten hatten in Jena, Gera und hohe Beute an Gefährtschaften, Fahrrädern, Jagaren und anderen Dingen gemacht. Jakob erhielt zwei Jahre und Rudolf ein Jahr Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu fünf Monaten und zwei Wochen verurteilt.

Die Spur der Hahnfeldener Räuber?

Döbeln. Im Zusammenhang mit dem Raubüberfall auf den Döbelner Bahnhof Domant hat sich ein Räuber, der etwa 1900 Mark erbeutet wurden, durch ein Motorradstahl stehen, der am fraglichen Tag vor dem Gasthof „Rotes Haus“ in Döbeln ausgeführt wurde. Wie festgestellt werden konnte, sind die Räuber von Hahnfeld gegen 10 Uhr abends mit einem Motorrad abgefahren, das am nächsten Morgen bei Merseburg aufgefunden wurde.

Treuen I. B. Im benachbarten Pfaffenbrunn brannte die vom Bursche Wälfers Tag gehörige Fildschene verbrannt. Circa 100 Familien wurden durch den Brand wirtschaftliche Geräte und Maschinen wurden mit zerstört. Der Schaden ist beträchtlich. Es wird Brandstiftung vermutet.

Weimar. Vor geladenen Offizieren hielten am Freitag Reichsminister Dr. Brüning einen Vortrag über den Reichswehrplan. Der Plan sei für Süd und Nord aus Weimar heraus entstanden. Die Bewegung zum Reichswehrplan sei aus dem Volkstum hervorgegangen. Es handle sich um eine Idee und nicht um Interessen. Einfach und schlicht werde man gestalten müssen, vieles der Entwicklung der Zeit überlassen, man müsse in der Natur den Schlüssel finden, daß er zur Beinhaltung führt. Nummer müsse man daran denken, die künstlerische Gestaltung des Reichswehrplans auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Ein Ausschuss von zwölf Mitgliedern, als Vorkörper zu gelten habe, werde bei der Frage der künstlerischen Ausgestaltung mitreden. Der Ausschuss soll aber kein endgültiges Entscheidungsrecht haben, ehe nicht die Vertreter der Kunst gehört worden sind. Der Ausschuss der von Reichspräsident von Hindenburg ins Leben gerufenen Stellung für den Reichswehrplan bei Bad Reza legt sich zusammen aus Vertretern des Herrn Reichspräsidenten, des Reichsministers des Reichsinnenministeriums, Reichswehrministers, des Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums, des Landesrats Weimar und der Frontämterorganisationen oder Richtungen und Konfessionen.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

Das soeben erschienene Heft 3 der Zeitschrift „Neu Wobau“ Wobaus Zeitschrift für elegante Mode, bringt hübsche und kleidbare Neuheiten, die die Modeschöpfer für unsere Frauen erdacht haben. An zahlreichen farbigen Abbildungen wird gezeigt, wie die Mode nach dem vielen Schwarz und Schwarz-Weiß der Wintermode in Farben schmelzt. Nicht nur Modelle für junge und schlanke Damen enthält das Heft, sondern auch die älteren und kräftigen Damen finden manchen wertigen. Demnach und die Bekleidungsstil ist in reicher Auswahl vorhanden. Allgemeinere Interesse werden wohl die modischen Anregungen begehen, die die moderne Ausstattungsarten, das Modifizieren vorzüglicher Kleider aus hochschönen von feinstem Stoff berechneten. Die Zeitschrift für hübsche Bekleidungsarten, ein Heft mit einem Gratisheft und ein amüsantes Unterhaltungsstück vorfinden das Heft, welches in jeder Buch-, Zeitschriften-, Papier- und Schreibwarenhandlung erhältlich ist.

Im Verlag G. A. Koenig, Gertrud erschien soeben: Koenigs Fährplan für Mitteldeutschland (mit blauem Umschlag). Es enthält die Fahrpläne aller Eisenbahnen Mitteldeutschlands und die hauptstädtlichen Fern- und Auslandsverbindungen. Deutlich lesbare Ziffern und eine praktische Anordnung der Fahrpläne, die an Hand der beigegebenen Strecken- und Stationsverzeichnis leicht zu finden sind, machen das Buch besonders wertvoll. Der Preis beträgt nur RM. 1.—

Der im gleichen Verlag erscheinende Koenigs Fährplan für Thüringen und Koenigs Fährplan für Mitteldeutschland sind am 12. Mai in allen Buch- und Schreibwarenhandlungen zu haben.

Dans Stofh-Sarrafanis „Fahrtin und Abenteuer“ bezieht sich auf eine interessante Serie, die unsere heutigen Tage bezieht. In packenden handlungsreichen spannenden Schilderungen erzählt darin Mr. Zeller von den seltsamen Geschehnissen, die das Stofh-Sarrafanis, Deutschlands populärster Fährplan, der demnach in Wittenberg gefahren wird, in allen Ländern und Zonen der Welt durchzuführen vermag. Die Abenteuer, die er erleben geben auch Kenntnis fremder Völker und Länder. Bisherige Zeitschriften erzielen immer mehr, daß diese Sarrafanis Abenteuerlustige eine wachstümliche Sammlung darstellen. Die Verlagsanstalt Sarrafanis, des Hünen Witten und Internets, ist der deutschen Jugend ein leuchtendes Vorbild auf dem Wege zur Erhaltung.

Klugheit beweisen für alle Speisen: **Linola** MARGARINE $\frac{1}{2}$ tb 35 DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

Magdeburger Pferde- und Auto-Lotterie

Vorziehung: am 15. Mai 1931

Hauptziehung: am 22. und 23. Juni 1931

Gesamt-Gewinnplan:

2 Hauptgewinne: 1 Automobil od. 1 kompl. Wohnungs-
einrichtung im Werte von je RM. 7500 RM. 15000

2 Prämien: 2 Kutschpferde od. 1 Herrenzimmer im Werte
von je RM. 2500 RM. 5000

2 Hauptgewinne: 2 edle Pferde oder 1 Auto im Werte
von je RM. 3000 RM. 6000

16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von RM. 60000
Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne
Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.

Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über 2,- Mark mit 90 %
in barem Gelde.

Einzel-Lose 1 Mk. Doppel-Lose 2 Mk.

Lose zu haben bei:

Richard Arnold, Buch- und Papierhandlung
Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Prima junges fettes
**Rind- und
Sammelfleisch**
und frische Flecke
empfiehlt
Richard Krausemann Nachf.
Inhaber Heinrich Schneider

Achtung!
Schlachte morgen Dienstag
2 Schweine

und verkaufe von Mittwoch früh
8 Uhr ab
Fleisch und Wurst Wfd. 70 Pfg.
Koteletts u. Gehacktes Wfd. 80 Pfg.
Preßkopf, Brägen- u. Fleischwurst
Wfd. 75 Pfg.

Sante, Gemütle
Verkaufe Mittwoch früh von 7 Uhr
ab von Hausglachtung

**fr. Schweinefleisch
und Wurst**
Pfund 70 Pfg.
Koteletts u. Gehacktes
Pfund 80 Pfg.
Dito Kalbfisch

Bußdorfweise
ca. 1 Morgen groß, zu verkaufen
oder zu verpachten. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle d. Bl.

Dienstag wieder äußerst billige

Seefische

fr. Schellfisch
Kabeljau
Goldbarsch
Fischcarbonade
Fischfilet

Paul Mierhsche, Burgstraße
Frisch eingetroffen

**Kabeljau
Fischfilet**

Ww. Emma Reinecke

Nagut

Hühner- und
Kükenfutter
Spratts
Sundetuchen

empfiehlt
Rudolf Huhn

B.-Z.-Autokarten

empfiehlt
Richard Arnold

Sammeltassen

Reiche Auswahl — Schöne Muster — Billige Preise
bei

Richard Arnold, Kemberg

Leipziger Strasse und Markt



Heide-Mulde-Gau

im Deutschen Sängerbund

Sängerbund an der Saale

Sitz Gräfenhainichen

Am Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. Mai 1931 veranstaltet der obige Sängergau ein

6. Gau-Sängerfest

verbunden mit dem 65jährigen Stiftungsfest des Männergesangvereins „Concordia“
in Radis.

Alle Freunde des deutschen Liedes aus der näheren und weiteren Umgebung sind herzlichst dazu
eingeladen **Der Gauvorstand**

Festfolge:

Sonnabend, den 16. Mai
ab 4 Uhr nachm.: Empfang der Gaudelegierten und der sonst eintreffenden Sangesbrüder
5 Uhr: Gaufführung im Bahnhofstafel
8³⁰ Uhr: Festabend im Gasthof Rodenstein. Gesangskonzert, Ehrung, Jubiläts.

Sonntag, den 17. Mai
10³⁰ Uhr: Hauptprobe auf dem Festplatz
Nachm. 2 Uhr: Kirchenkonzert
3¹⁵ Uhr: Auszug zum Festplatz (Nähe Bahnhof)
4 Uhr: Hauptkonzert: Gesamt-, Gruppen- und Gemischte Chöre, Singen der Gastvereine
6 Uhr: Allgemeiner Einzug

Anschließend Ball auf beiden Sälen

Immer an der Spitze aller Zirkusse, immer der erste, ein vorwärtsstürmender, tempo-
beschwingter Geist, nie der alte, nie von gestern, das ist Sarrasani! Ein
Name, der seit 30 Jahren in der internationalen Zirkusgeschichte
GROSS geschrieben wird, ein Mann, der solange er
Showmann ist, die Welt in Atem hält, ein Mann,
der aus dem Nichts den größten
Zirkus Europas geschaffen
hat, das ist

SARRASANI

An der Spitze seines
gewaltigen Unternehmens,
mit einem unüberschaubaren Heer-
bann von 250 Autolastzügen, 800 Menschen
aus 37 Nationen und 600 Tieren aus allen
Zonen wird Hans Stosch-Sarrasani die Herzen der
Bevölkerung im Sturm erobern. 30000 Lampen zeichnen die
Konturen des gewaltigen, 10000 Menschen fassenden Riesenzeltes in die
dunkle Nacht — ein phantastischer Rahmen für ein Programm internationalen
Formats. Alles in allem: „das“ Ereignis von 1931! Noch kurze Zeit, und Sarrasani

kommt nach Wittenberg!

Gepüfzte Schneiderin

empfiehlt sich in und außer dem
Haus, auch nach außerhalb.

S. Fanslau, Kemberg
Löpferstraße 16

Ein Ackerplan

in der Unterförste, etwa 35 ar,
zu verkaufen oder zu verpachten.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Zig.

Spielkarten

empfiehlt **Richard Arnold**

Jetzt ist es Zeit,
Ihr Haus innen und außen in
Stand zu setzen.

Empfehle dazu alle Sorten
Del-, Zeim- u. Kaltfarben

Lade, Firnis, Serpentin, Siccatio
Zertige Fußboden-, Fenster-
und Küchenmöbelfarben

Neue Schablonen

Sichelleim, Gips, Schlemmkreide
Carbolineum, Eisenlack, Leder-
lack, Fussbodenöl, Mopöl
Bohnerwachs, alle Arten Pinsel
Rohrnägel, Pappnägel
S. G. Glaubig



Militär-Verein :: Reuden

Am Sonnabend, den 16. Mai und Sonntag, den 17. Mai
feiern wir unser

25jähr. Fahnenjubiläum

Wir laden dazu alle Kameraden mit ihren Angehörigen
und alle Freunde der Kriegervereins-Sache
von Nah und Fern herzlich ein
Der Vorstand

la. Scheibenbüchse

System Vldt, fast neu, mit
Futteral und Patronenfasten, sehr
billig zu verkaufen
Germann Gadewitz, Dranienbaum



Schützengilde

Morgen Dienstag

abend punkt 7/8 Uhr

Geschießen

Der Vorstand

Bekanntmachung.

Die Wähler des Pfarrlandes, die noch mit dem Wahlgeld im Rück-
stand sind, werden aufgefordert, dasselbe bis zum **1. Juni ds. Jahres**
zu zahlen, sonst wird es zwangsweise eingezogen.
Rotta, den 11. Mai 1931.

Der Gemeindeführerrat.

Warum zögern Sie noch?

Werden Sie noch heute Mitglied des

„Eos“ Deutscher Bestattungs- und
Lebensversicherungs-Verein
A.-G., Düsseldorf,
damit Ihre Angehörigen bei einem plötzlichen Todes-
fall vor Not und Sorgen bewahrt bleiben.

Unsere Vorteile

Keine Wartezeit. Niedrige Beiträge. Vargeld, Erd-
oder Feuerbestattung. Kein Kirchenaustritt. Aufnahme
bis zum 70. Lebensjahr. Doppelte Zahlung bei Unfall-
tod. Gewinnbeteiligung der Mitglieder. Freie Mitver-
sicherung der Kinder. Kostenlose Weiterversicherung der
Ehefrau und Kinder beim Tode des Ehegatten u.
Familiantari.

Unser nach Hunderttausenden zählender Mitgliederbestand beweist,
daß unsere Einrichtungen begehrt sind — Überzeugen Sie sich
von unserer zahlreichen Auszahlungen, welche sich über
2 Millionen Mark
belaufen, in den Auszügen unserer Sterberegister.

Die angelegene und bekannte **Ga. Ernst Säume, Kemberg,**
Burgstraße 33, führt auf Wunsch die Bestattung für unsere
Mitglieder aus.

„Eos“ Deutscher Bestattungs- und
Lebensversicherungs-Verein
A.-G., Bezirks-Direktion
Brandenburg a. S.

Nähere Auskunft und Prospekte kostenlos bei **Hans Selling,**
Kemberg, Schmiedeberger Straße 12 a. Tüchtige
Mitarbeiter werden noch eingestellt.

Kemptenberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kempten 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. ersichtlicher Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die beigelappte Seite oder deren Raum 15 Pfg., die beigelappte Seitenzeile 40 Pfg., Ausstellungsgebühr 50 Pfg. / für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Diebstahl unbefristet geschriebener oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laufend, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 56

Dienstag, den 12. Mai 1931

33. Jahrg

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten Dienstag, den 12. Mai, 20 Uhr, im Rathhaus.

Tagesordnung.
Haushaltplan 1. 4. 1931 — 31. 3. 1932.
Kempten, den 8. Mai 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

45]

H. Ludlow.

Preußens Kiefendefizit.

150 Millionen Fehlbetrag. — 80 Millionen ungedeckte Anleihen.

Berlin, 9. Mai.

Im Preussischen Landtag leitete Finanzminister Dr. Höpfer die Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung mit einer finanzpolitischen Rede ein, in der er u. a. feststellte, daß das Rechnungsjahr 1930 mit einem erheblichen Fehlbetrag für den preussischen Staat abschließen werde. Der Steuer-Ausfall umfasse gegenüber den Erwartungen rund 100 Millionen. Er rühmt zum größten Teil daher, daß die Steuerüberwälzung des Reiches stark hinter den Ansätzen zurückbliebe. Die Ueberwälzung der Betriebsverwaltungen, besonders der Fortbewirtschaftung, wieder hinter den Ansätzen um 89,8 Millionen zurückblieben.

Insgesamt werde für 1930 mit einem Fehlbetrag von 150 Millionen zu rechnen sein. Die ungedeckten Anleiheausgaben betragen am 1. April rund 80 Millionen.

Der laufmässige Fehlbetrag am 1. April 1931 in Höhe von 150 Millionen müsse durch kurzfristige Kredite abgedeckt werden. Das allein zeigt schon, wie sehr sich die Finanzlage verschlechtert hat. Für 1931 muß mit einer weiteren erheblichen Verschärfung gerechnet werden.

Alle Befürchtungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung sind weit übertrieben worden.

Der Minister beschäftigte sich dann mit der Lage der Gemeindefinanzen und führte aus, die Staatsregierung habe zu dem Gegenstand des Staatsrats, der 250 Millionen für die Gemeinden verlange, noch nicht Stellung genommen. Ihre Stellungnahme sei abhängig von der bevorstehenden Entschliessung des Reichstages über den gesamten Arbeitslosenfrage. Die Entwicklung der Gemeindefinanzen sei bestimmt durch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Die Brauns-Kommission habe die Beschaffung von Auslandskapital in den Mittelpunkt ihrer Vorlesung gestellt; aber hier entsehe die Frage, welchen Sinn es habe, zunächst 1700 Millionen an Reparationen an das Ausland abzuführen und dann das der deutschen Wirtschaft so entzogene Kapital mit Auslandsanleihen wieder hereinzuholen. Im Zusammenhang sei die wirtschaftliche Kraft Deutschlands überschätzt worden. Die Beschaffung, daß die deutsche Wirtschaft durch Kapitalzufuhr und Erschließung neuer Märkte gehoben werden soll, sei unerfüllbar geblieben. Das Reparationsproblem werde zur entscheidenden Frage. Die Politik der Völker werde sich hierauf einzustellen haben, da keine Zeit mehr zu verlieren sei.

Nachmittag des Landtags.

Am Sonnabend kleine Vorlagen.

Berlin, 10. Mai.

Nachdem sich die Freitagssitzung des Preussischen Landtags bis gegen 3 Uhr nachts ausgezehrt hatte, trat der Landtag am Sonnabendvormittag bereits um 10 Uhr wieder zusammen, um kleine Vorlagen zu erledigen. In der Freitagssitzung mußte, wie berichtet, infolge der Opposition der Deutschnationalen und der Kommunisten über jeden einzelnen der insgesamt 87 Paragraphen des neuen Polizeiverwaltungs-Gesetzes namentlich abgestimmt werden.

Die Abstimmungen dauerten annähernd elf Stunden. Obwohl es inzwischen 2 Uhr nachts geworden war, wurde doch noch die zweite Beratung der allgemeinen Finanzverwaltung und des Haushalts-Gesetzes zu Ende geführt. Damit war die zweite Beratung der preussischen Staatshaushalts für 1931 beendet. Die dritte Beratung soll am Montag, den 11. Mai, beginnen. Das Polizeiverwaltungs-Gesetz soll am Dienstag zur Schlussabstimmung gestellt werden. Am Mittwoch wird der Landtag in die Pfingstferien gehen, um am 8. Juni zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammenzutreten, der in erster Linie der Verabschiedung des Kirchenvertrages dienen soll. Man rechnet damit, daß die entscheidende Abstimmung am 13. Juni stattfinden wird.

Tribute und Weltwirtschaft.

Kriegsschulden und Internationale Handelskammer.

Washington, 9. Mai.

Vor der Gruppe „Zahlungsausgleich“ der Internationalen Handelskammer sprach Staatssekretär A. D. Bergmann über die wirtschaftliche Auswirkung der Schuldentilgung, insbesondere der Reparationen. Die internationalen Schulden und die Reparationen seien miteinander verknüpft. Die ganze Bürde der internationalen Schulden liege auf Deutschlands Schultern. Es sei Pflicht der Internationalen

Handelskammer, den Einfluss der Reparationszahlungen auf die internationale Wirtschaft genau zu studieren und zu analysieren. Deutschland werde gezwungen, keine Ausfuhr zu verkürzen und die Einfuhr einzuschränken. Das bedeute eine ernste wirtschaftliche Gefahr.

Anschließend sprach Henry Bell, der Direktor der Cloyds-Bank. Er griff die Zollpolitik Amerikas scharf an und betonte, Amerika solle sich seiner großen Verantwortung bewußt werden und sich überlegen, ob es angeht, die Weltweite nicht vorteilhafter wäre, eine freundlichere und großzügigere Haltung gegenüber dem Schuldenproblem einzunehmen.

Die Arbeitslosigkeit stark rückgängig.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen seit Mitte Februar um 700 000 gefallen.

Nach einem sechsen veröffentlichten Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage hat die zweite Aprilhälfte die Frühjahrseinstellung in starkem Umfange in Erreichung treten lassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um fast 240 000, die der Hauptunterstützungsbefähigten in der Arbeitslosenversicherung um rund 216 000 zurückgegangen; in der Kräftenfürsorge ist noch ein letztes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen.

Nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende April in der Arbeitslosenversicherung rund 1 888 000 Hauptunterstützungsbefähigter gezählt, womit gegenüber dem diesjährigen Höchstpunkt Mitte Februar ein Rückgang um über 700 000 eingetreten ist. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahre beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur noch 125 000. Die Kräftenfürsorge ist noch mit rund 902 000 Hauptunterstützungsbefähigten belastet. Der Rückgang an Arbeitslosen betrug Ende April rund 4 389 000 gegenüber 4 628 000 Mitte April.

Ruhrschiedspruch vom Zechenverband abgelehnt.

Protest gegen eine Verbindlichkeits-Erklärung.

Der Zechenverband hat den am 6. Mai gefällten Schiedspruch über den Nachtarbeitsvertrag im Ruhrbezirk abgelehnt. Der Schiedspruch sei für die Zechen untragbar, weil er die Selbstbestimmtheit unter Tage verletze und die Selbstbestimmtheits-Erklärung, die er bringe, nur 0,8 Prozent der Lohnsumme ausmache. Die Verbindlichkeits-Erklärung des Schiedspruches wird vom Zechenverband entschieden abgelehnt.

Deutsche Bauausstellung.

Die offizielle Eröffnungsfeier.

Berlin, 10. Mai.

Die Deutsche Bau-Ausstellung 1931 wurde vor etwa 2000 Ehrengästen darunter Vertretern der Reichs-, Staats- und



der Ehrengaste durch die Ausstellung.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus

Richard Arnold.

Briand zum Zollvertrag.

Vertretung auf die Welterbundtagung. — Seitige Angriffe Franklin-Roosevelts.

Paris, 9. Mai.

Der französische Außenminister Briand, den seine Freunde am 13. Mai zum Staatspräsidenten machen wollen, beantwortete in der Kammer verschiedene außenpolitische Interpellationen. In fast allen Anfragen war auch der österreichisch-deutsche Zollvertrag erwähnt worden; der Abg. Scarpini wollte darin a. B. eine Verlesung des Art. 163 des Verfallers des Vertrags erblicken, während Franklin-Roosevelt, der wieder einmal Briand den höchsten Kampf ansetzte, meinte, der Anschlag sei eine Folge der „Schlichterheit“ der Alliierten.

Briand rechtfertigte seine Politik zunächst damit, daß er auf seine Zusammenarbeit mit Poincaré und Tardieu sowie auf die vielen Parlamentensitzungen für seine Außenpolitik verwies. Diese Politik habe dazu beigetragen, daß es heute viel schwieriger sei als früher, einen Krieg zu beginnen.

Reider blieb Briand hier die Antwort schuldig, wie es kommt, daß Frankreich trotzdem 1931 mehr Geld für Rüstungen ausgibt als 1919.

Auf das österreichisch-deutsche Zollproblem eingehend, sah Briand sich zu dem Eingeständnis gezwungen, daß dieser Vertrag einen wirtschaftlichen Charakter hat und daß Frankreich „gewissen Völkern“, die sich in einer schwierigen Lage befinden, nicht genug bieten kann.

Erst dann sprach dann auch Briand wieder von „Gefahren der Witterkeit“, die das Vorgehen Deutschlands in Frankreich hervorgerufen haben soll. Im Prinzip will das französische Außenministerium nicht übereinstimmen sein. Bereits am 30. März habe es in Telegrammen festgestellt, daß das Unternehmen Deutschlands und Österreichs „den Frieden-Verträgen und den Abmachungen zuwiderlaufe“. Deutschland und Österreich bestritten nun, gegen die Verträge verstoßen zu haben, doch müßten beratige Fragen vom Welterbund geprüft werden. Die Unabhängigkeit Österreichs sei unveräußerlich, außer mit der Zustimmung des Welterbundes. In dieser Hinsicht fürchte er nichts.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen verschärfte Briand seinen Ton von Satz zu Satz. Er erklärte:

„In Genf werden alle Nationen zur Stelle sein. Man wird prüfen können, wie weit Deutschland im guten Glauben gehandelt hat. Deutschland und Österreich bestritten: Wir haben das Recht, einen solchen Plan vorzubereiten. Wir dagegen sagen: Nein! Sätze Österreichs, als es das Anleihenbedürfnis nicht abtödt, gewagt zu behaupten, daß es dabei den Hintergedanken gehabt hätte, ein Zollabkommen mit Deutschland abzuschließen? Nein! Das ist der beste Beweis dafür, daß Österreich nicht das Recht hierzu hat.“

Als Briand geendet hatte, wurde ihm von seiten sämtlicher Abgeordneten der linken und zahlreichen Abgeordneten der Mitte eine Ovation dargebracht. Die Beratungen wurden unterbrochen und nach zweifelhafteiger Pause in nächstlicher Stunde wieder aufgenommen.

Briandre in der französischen Presse

Seine Präsidentschaftskandidatur allgemein verlangt.

Paris, 10. Mai.

Die Rede Briands findet in der französischen Presse ein selten dagewesenes einträgliches Echo. Abgesehen von einigen Rechtschreitern ist man sich darüber einig, daß der Außenminister die beste Rede während seiner politischen Laufbahn gehalten hat. Das „Deuor“ hebt hervor, Briand habe besonders dadurch viel gekundeten Menschenverstand bewiesen, daß er darauf hingewiesen habe, daß man den Anschlag nicht verurteilen könne, ohne den wirtschaftlich notwendigen Staaten Hilfe zu bringen. Die „Ere Nouvelle“ hebt hervor, daß die Frage, ob sich die am 13. Mai stattfindende Nationalversammlung für oder gegen die Briand'sche Präsidentschaftskandidatur aussprechen werde, eine beratig überzeugende Antwort erhalten habe, daß die Eingruppen sofort beschloßen hätten, den Außenminister zu bitten, seine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten anzunehmen.

Réon Blum sagt im „Populaire“ Briand habe sicherlich das Bedürfnis gehabt, vor seinem Abschied aus dem Außenministerium noch einmal Rechenschaft über seine seit sechs Jahren verfolgte Politik abzulegen. In der Redepresse wird betont, daß Briand im wesentlichen nur seine alten Thesen wiederholt habe.

... und was Berlin dazu sagt.

Die Rede des französischen Außenministers Briand in der Kammer ist in Berlin mit gewissenhaftem Interesse genommen worden. Sie wird als eine typische Wahlrede bezeichnet, die auf Woll bestimmt war und die erkennen